Düsseldorfer Zeitung.

№ 237. Mittwoch den 30. August. 1848.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (die kirchliche und die Schulfrage; die Diskussion über das neue Aufruhrgesetz verschoben; Verhaftungen; der Handwerkerverein; der demokratische Verein; die Zwangsanleihe; der Zwiespalt zwischen den Buchdruckereigehülfen und den Prinzipalen gehoben; die Ostbahn; die Kolonie „Berlin"; Berghauptm. Graf Beust; Oberst Kayser). Potsdam (die Bürgerwehrparade). Breslau (Wit v. Dörring; Eichhorn). Ohlau (Wit v. Dörring). Köln (d'Ester's Entwurf zu einer neuen Gemeinde- und Kreisverfassung und der Hauptredakteur der Köln. Z.; der Bürger- und der demokr. Verein). Frankfurt (die kirchliche und Schulfrage; Zustimmungs-Adresse aus Wien; die Amnestie). Kassel (Bekanntmachungen in Betreff der Excesse).
Oestreich. Wien (Wessenberg soll die engl.-franz. Vermittlung abgelehnt haben; Erklärung des Ministers über die Arbeiterbewegungen u. s. w.; die Deutschkatholiken). Pesth (stürmische Kammersitzung). Triest (die aus Venedig vertriebenen Deutschen; Katzenmusik).
Frankreich. Paris (Louis Blanc und Caussidiere entflohen).
Großbrittanien. London (Lord Russell nach Dublin; die irischen Angelegenheiten; die Verbindungen mit Rom; großer Ausfall im Einnahmebudget).
Belgien. Brüssel (Louis Blanc angeblich verhaftet).
Italien. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz; angeblicher Aufstand des Volks in Alexandria gegen Karl Albert;) Wechselwirkungen und Widersprüche in Rom).
Schweiz. Bern (die italienischen Flüchtlinge).

Vereinigtes Deutschland.

Berlin, vom 24. August. Ich erfahre, daß in der ersten Abtheilung der Nationalversammlung über die **Schulfrage** nach mehrtägiger Debatte abgestimmt worden ist. Der Satz: „die öffentlichen Volksschulen, sowie alle übrigen öffentlichen Unterrichts-Anstalten stehen unter Aufsicht **eigener Behörden**" wurde beinahe **einstimmig**, der Zusatz: „und sind von jeder **kirchlichen** Aufsicht frei" mit **großer Majorität angenommen**. Das zur Deklaration vorgeschlagene Amendement der Abgeordneten **Schaffraneck** und **Bloem**: „die Geistlichen sind jedoch zu Mitgliedern der Aufsichtsbehörden **wählbar**" wurde sodann als zweiter Zusatz ebenfalls einstimmig angenommen, und somit diese wichtige Frage hoffentlich zur allgemeinen Befriedigung und Beruhigung entschieden. (Od.-Z.)

Berlin, vom 26. August. Einen Hauptgegenstand des Tagesgesprächs bildet in diesem Augenblick die gestern erfolgte plötzliche Entlassung des Obersten der Schutzmannschaften, Herrn Kayser; die Gründe für dieses unter den gegenwärtigen Zeitumständen bedeutsame Ereigniß sind dem Vernehmen nach folgende: Herr Held hatte in seiner „Lokomotive" eine aus dreißig Paragraphen bestehende Instruktion für die Schutzmannschaften abdrucken lassen, die denn auch als besonderes Plakat an den Straßenecken erschien und ein ungeheures Aufsehen machte, da derselben zufolge die Konstabler völlig zu Polizei-Spionen gemacht werden, die sich eine genaue Kenntniß der in ihrem Revier wohnenden Personen verschaffen und genau darauf achten sollen, was diese thun, mit wem sie umgehen ꝛc. ꝛc. Die Sache machte viel böses Blut, und der Minister Kühlwetter konnte daher nicht umhin, eine genaue Untersuchung einleiten zu lassen. Bei dieser ergab es sich nun, daß die veröffentlichte Instruktion keineswegs eine böswillige Erfindung war, wie man vielfach angenommen hatte, sondern daß der Oberst Kayser neben der mehr in allgemeinen Umrissen gehaltenen Ministerial-Instruktion den Schutzmännern noch diese 30 Parographen lange Spezial-Anweisung gegeben hatte. Da durch dieselbe aber das ganze Institut aus seiner Stellung verrückt wurde, und da weder der Polizei-Präsident noch der Minister des Innern demzufolge die Vertretung dieser Instruktion übernehmen konnte, so blieb nichts übrig, als den Obersten Kayser von seiner Stelle zu entbinden, was denn gestern geschehen ist. Die Stelle wird schwerlich schon in der nächsten Zeit wieder definitiv besetzt werden; man beabsichtigt vielmehr, dieselbe nur provisorisch verwalten zu lassen bis nach der intendirten Verringerung der Mannschaften, gegen welche bekanntlich Oberst Kayser gleichfalls öffentlich Protest eingelegt hatte. (Nach. Z.)

Berlin, vom 27. August. Das Gesetz wegen der Volks-Versammlungen und Zusammenrottungen auf den Straßen ist bereits in die Central-Abtheilung gegangen, und sind die ersten beiden Paragraphen angenommen. Die Diskussion über die ferneren dürfte sich jedoch noch in die Länge ziehen, und es ist noch nicht gewiß, ob bereits Montag öffentlich über das Gesetz debattirt werden kann.

Im Fall am Montag das neue Aufruhr-Gesetz noch in der National-Versammlung zur Diskussion kommt, läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die Abgeordneten in größtmöglicher Anzahl anwesend seyn werden. Es ist ein Ruf der Ehre, der sie dazu bestimmen wird. — Es sind Bedenken im Publikum einzeln darüber laut geworden, daß die Ruhe und Unabhängigkeit der Versammlung durch äußere Einwirkungen gestört werden könnte. Wir glauben in dieser Beziehung das sicherste „**Nein**" aussprechen zu dürfen, und jedenfalls sind alle Kräfte vorhanden und alle Maßregeln getroffen, um ein solches Unternehmen mit Sicherheit zu vereiteln.

— Am 26. Mittags ist Hr. **Dowiat**, wegen angeblicher Betheiligung an den am 21. d. Mts. Abends stattgehabten Excessen, hierselbst **zur Haft** gebracht worden.

— Aus **Frankenstein** (in Schlesien) wird gemeldet, daß der dortige Magistrat das 22. Infanterie-Regiment auf seinem Marsche nicht in die Stadt eingelassen hat. Dasselbe wurde in Dörfer der Umgegend einquartirt. Tages zuvor sind auch die Fouriere des Regiments schon ausgewiesen worden. (B. Z.)

† **Berlin**, vom 27. August. Das Ausnahme- oder Aufruhrgesetz, oder das Gesetz zum Schutz zur Sicherheit und Ordnung, kommt morgen nicht, wie es festgesetzt war, zur Berathung in der Nationalversammlung, sondern wird modifizirt erst am Ende dieser Woche von derselben erörtert werden. Der konstitutionelle Klub hält heute in einem großen Exerzierhause eine Volksversammlung, um das Publikum zu belehren, daß in dem Erlaß des obigen Gesetzes auch nicht die geringste Gefährdung unserer Errungenschaft liege.

Gestern Abend kam ein Transport polnischer Insurgenten hier an, die durch entlegene Straßen unter starker Bürgerwehr-Begleitung nach dem Potsdamer Eisenbahnhof gebracht wurden, von wo man sie weiter nach Magdeburg beförderte. Ihre Zahl kann sich auf 150 belaufen haben.

Die Nationalversammlung wird wahrscheinlich vom 1. Oktober ihre Sitzungen in dem herrlichen Concertsaale des Schauspielhauses halten, weil die Mitglieder der Singakademie, wo die Berathungen der Nationalversammlung jetzt stattfinden, eine zu hohe Miethe für ihr Lokal und dessen Heizung verlangen. Eine Commission ist bereits beauftragt, die Räume des Concertsaales und der Nebenzimmer zu den Sitzungen und Büreaus einzurichten.

Morgen gibt der Musiker Mäcker aus Mannheim ein großes Volksconcert, worin auch die „Marseillaise" und „Noch ist Polen nicht verloren" mit großer Orchester-Begleitung gesungen werden wird.

Die Zwangs-Anleihe soll in Kurzem ausgeschrieben werden, da bei der freiwilligen Anleihe bis jetzt noch keine 8 Millionen Thlr. eingekommen sind.

Den Zwiespalt zwischen den hiesigen Buchdruckergehülfen und deren Prinzipalen kann man als beigelegt, und die Association der ersteren als aufgelöst betrachten. In einer gestern und vorgestern stattgefundenen General-Versammlung haben sich die Buchdruckereibesitzer und über dreihundert Buchdruckergehülfen, die, ohne sich an die Mainzer Beschlüsse zu binden, in den Offizinen fortgearbeitet haben, zu einer Korporation vereinigt, deren Statuten entworfen und debattirt werden sollen. Es wurde zugleich der Beschluß gefaßt, den Buchdrucker-Kongreß zu Frankfurt a. M. mit zwei Deputirten der Prinzipale und mit ebensoviel von den Buchdruckergehülfen zu beschicken. Die dazu nöthigen Geldkosten sind letzteren von den Prinzipalen angeboten worden, was jene aber dankbar ablehnten. Diese Buchdruckergehülfen haben bereits aus eigenem Antriebe ein Comite aus ihrer Mitte gewählt, welches mit den Prinzipalen in einem beständigen Rapport bleibt. Von den Gehülfen, die bisher auf den Mainzer Beschlüssen beharrten, haben sich demzufolge schon sehr viele zum Beitritt der obengedachten Korporation und zum Wiedereintreten in die Arbeit gemeldet, was aber beim besten versöhnlichen Willen gegenwärtig noch unmöglich ist, da von den noch arbeitslosen Buchdruckergehülfen wegen Mangels an Arbeit kaum hundert Beschäftigung finden können.

Das heute zum Andenken der siegreichen Schlacht von Großbeeren auf der Wahlstätte zu veranstaltende große patriotische Fest verspricht sehr glänzend und zahlreich besucht zu werden. Für 1 Thaler 10 Sgr. erhält jeder die Hin- und Herfahrt auf der Eisenbahn und ein Kouvert zum Festmahl.

Die hier bestehende Commission zur Annahme der Arbeiter für die Ostbahn macht durch ein Plakat bekannt, daß, nachdem die Richtung der Ostbahn nun näher bestimmt ist, zu den zwischen Schneidemühl und Bromberg auszuführenden Erdarbeiten wieder Arbeiter angenommen werden. Hiesige Ortsangehörige, welche sich dabei betheiligen wollen, können sich, wie früher, mit den dazu erforderlichen Zeugnissen melden.

Den meisten unserer Klubs mangelt es jetzt an Geld, weshalb zu befürchten steht, daß bei der heranrückenden kalten Jahreszeit, wo die zum Fortbestehen solcher politischen Vereine nöthigen Kosten sich noch steigern müssen, die Theilnahme dafür immer mehr schwinden werde. Den constitutionellen Klub, für den sich der größte Theil unserer Mitbürger interessirt, weil er ohne irgend eine egoistische Nebenabsicht nur aus den edelsten Motiven sich gebildet hat, hört man am meisten über seine Finanznoth klagen. Den demokratischen Klubs soll zur Verfolgung ihrer Zwecke aus einer geheimen Quelle, die den Ultra-Aristokraten nicht fern stehen dürfte, zuweilen Geld zufließen, weshalb jene mehr für ihre Versammlungen und Plakate Geld verausgaben können, als der constitutionelle Klub, von dem wegen seines ruhigen Verhaltens die Ultra-Aristokraten für die Reaction gar nichts zu hoffen haben.

Die vom Kriegsschauplatze in Schleswig hier angekommenen neuesten Nachrichten melden, daß die Unterhandlungen mit Dänemark wegen eines Waffenstillstandes und Friedens wieder auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen sind, denen

---

* Aus Neuß.

Melodie: Aux armes citoyens.

O großes Kirmesfest,
Wo man singet, saust und frißt!
O singt, o saust
Bis daß ihr steht
Nicht auf den Beinen fest.

Denken Sie sich, was sich hier in unserem „stillen Neuß" begibt, aber erschrecken Sie nicht! Eine große Volksversammlung unter den Zelten! Eine große ungeheure Volksversammlung! Und Vorträge werden gehalten, herzstärkende Vorträge, d. h. die Kellner tragen den Bestellern Speisen und Getränke vor, so viel sie bezahlen, und manchen noch mehr, als sie vertragen können. Und Schüsse fallen! Ja denken Sie sich, Schüsse fallen — aber nicht „aus Mißverständniß" aufs Volk, sondern auf — den Kirmesvogel. Es wird zwar auch oft aus Mißverständniß am Vogel vorbeigeschossen — thut nichts — am Ende wird doch Einer König! Hurrah! der König soll leben!! — O dieser Neußer Bürger-Schützen-König ist wirklich ein beneidenswerther König — der hat weder sein Kreuz mit schlauen Ministern, noch mit störrischen Kammern und am allerwenigsten mit dem Volke. Das gute Volk jauchzt ihm Hurrah zu, wo es ihn sieht. Er braucht auch keine Reden zu halten, selbst keine Thronrede; denn die Neußer, wenn auch nichts weniger als Republikaner, sind doch schon längst über diese Art von Beredtsamkeit hinweg. O dieser glückliche König, diese beglückten Unterthanen! Kommt Alle herbei, Ihr Nachbarvölker, besonders Ihr unloyale Düsseldorfer, und weidet Euch an dem erhabenen Schauspiele der Neußer Einigkeit und Liebe zwischen König und Volk. Kommt, Ihr Sünder, wir wollen gnädiger seyn, als der Prinzipal des armen „**Elbe**", als die sonst so frommen Elberfelder und Bergischen. Ihr sollt für Euer Geld sogar haben können, was Ihr wollt. Gutes und schlechtes Bier, alten und neuen Wein; und **Wecke** — Ich glaube selbst im Himmel wird kein besserer gebacken; damit könnte man wahrlich die eifrigsten Demokraten zu den ordnungsliebendsten Conservativen bekehren. Was kein constitutioneller, kein Bürgerververein (den hiesigen ausgenommen) zu Stande brächte, das gelingt unserm Kirmesweck — er sättigt das Volk, und ein gesättigtes Volk ist ein braves, ein loyales Volk, das sich nicht von der „Pest der Demokratie" anstecken läßt, noch viel weniger an die „schreckliche Republik" denkt. Drum, Herr Redakteur, lassen wir den lauten Ruf ergehen:

Kommt Alle zur Neußer Kirmes!
„Noch ist es Zeit!"

Denn sie dauert bis Donnerstag. — Vielleicht, nein sicher bekommen wir beide alsdann für unsere loyalen Bemühungen einen Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit oder ohne Schleife oder sonst ein allgemeines Ehrenzeichen.

Bei Hurter in Schaffhausen sind in diesen Tagen: achtundvierzig Briefe des Erzherzogs Johann von Oestreich an den berühmten Geschichtsschreiber Johannes von Müller erschienen. Diese Briefe sind meistens in französischer Sprache geschrieben. Als merkwürdig auch noch für die heutigen Tage heben wir aus einem derselben die Aeußerungen des Erzherzogs in Bezug auf das Verhältniß Oestreichs zu Preußen in den verhängnißvollen Jahren 1804 bis 1806 hervor. „Tant l'Autriche que la Prusse," sagt er in dem 45. Briefe, „ont besoin l'une de l'autre, elles deux seules sont en état de rendre la tranquillité à l'Europe: dans les circonstances présentes il est nécessaire, qu'une union se fasse entre ces deux cours: mais aussi avec une telle droiture, franchise et sincérité dignes de chacune des deux et seul capable de la rendre solide. — Le mieux serait, d'après ma manière de voir, que les souverains eux-mêmes se rapprochassent." Wie viel er selbst (der Erzherzog) gethan, um eine freundliche Annäherung zwischen Preußen und Oestreich zu bewirken, wie wenigen Erfolg aber diese Bemühungen gehabt, darüber erklärt er sich mit großem Freimuth in dem Briefe an Müller vom 20. Februar 1805. — Ueberhaupt geben diese Briefe ein so treues und zugleich so erfreuliches Bild von dem Charakter des Reichsverwesers, wie wenige briefliche Mittheilungen aus dem Leben bedeutender Charaktere der gegenwärtigen Zeit.

In der am 15. d. M. zu Leipzig stattgehabten Versammlung des Vaterlandsvereins wurde ein Antrag auf Abschaffung des Adels, so wie auf Ebenbürtigkeitserklärung aller deutschen Frauen und Jungfrauen mit den Töchtern der mediatisirten und regierenden Fürstenfamilien einstimmig angenommen. (Dfs.)

zufolge die dieserhalb in Malmoe versammelten außerordentlichen Gesandten auf neue Instructionen ihrer respectiven Höfe warten müssen. Die preußischen Ostsee-Provinzen, so wie die Hansestädte und die Küsten von Hannover und Mecklenburg haben darunter durch Sperrung ihrer Häfen am meisten zu leiden und müssen somit der großen Idee von der deutschen Einheit unberechenbare Opfer bringen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in der Mitte des nächsten Monats die bis zu den Märztagen hier gestandenen Regimenter des Gardekorps, welche in Potsdam und in der Umgegend seitdem stationirt liegen, aus ökonomischen Rücksichten hier wieder einrücken werden.

Der Plan der Berliner städtischen Behörde, eine Kolonie unter dem Namen „Berlin" auf St. Thomas zu begründen, wozu Graf Hompesch sehr günstige Bedingungen gestellt, findet großen Anklang und wird als ein Radikal-Mittel gegen die hiesigen krankhaften sozialen Verhältnisse anerkannt.

Der Ober-Berghauptmann Graf Beust, der an der Spitze des preußischen Bergwesens steht, hat auch um seinen Abschied nachgesucht und ihn bereits erhalten. Zum 1. Okt. verläßt derselbe seinen Posten. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts Näheres bestimmt.

Es sollen sich seit Kurzem wieder viele Polen hier aufhalten, die den Volksbewegungen nicht fremd stehen.

§ Berlin, vom 27. August. Verhaftungen und Haussuchungen gehen im großartigsten Maßstabe vor sich. In der vergangenen Nacht hat eine Haussuchung im Lokale des Handwerkervereins stattgefunden. Es fanden sich eine Quantität Pulver und eine Anzahl Patronen vor. Der Oekonom des Vereins wurde zu deren Herausgabe genöthigt. Der fungirende Polizeirath hatte, um seinen Anordnungen Nachdruck zu geben, eine Anzahl Constabler bei sich, obschon die Behörden vielfach erklärt haben, daß diese Polizeibeamten nur zur Ueberwachung der Straßen dienen, und sie sich um das, was innerhalb der Häuser vorgehe, nicht zu kümmern hätten.

Der Handwerkerverein beabsichtigt eine energische Reklamation. Er ist als ein der Bürgerwehr aggregirtes fliegendes Corps zum Tragen von Waffen, mithin auch zur Verwahrung von Munition berechtigt.

Der Verhaftung des Hrn. Dowiat, die in einem Bierhause erfolgt ist, haben sich zwei andere angeschlossen. Der ehemalige Schullehrer Herr Karbe und ein beliebter Volksredner Herr Ottensoser sind im Laufe der letzten Nacht zur Haft gebracht worden. Dieses Ergreifen der Leute bei Nachtzeit scheint zu den Lieblings-Prozeduren unserer constitutionellen Sicherheitsbehörden zu gehören. Auch die Gerichte finden daran Geschmack. Ein Zeuge, welcher sich bei seiner letzten Vernehmung in dem Prozeß gegen Eichler geweigert hatte, seine Deposition zu beschwören, wurde in der Nacht zu dem gestrigen Termine herbeigeholt.

All dergleichen geschieht in einem Augenblick, wo die Nationalversammlung im Einverständniß mit den Ministern eine Habeas-Corpus-Acte zum Schutz der persönlichen Freiheit und Gesetze gegen die polizeiliche Willkür bei Haussuchungen berath und beschließt.

Die Aufregung, welche hier herrscht, ist sehr groß. Die demokratischen Vereine haben alle Minen springen lassen gegen das Aufruhrgesetz. In Villa colonna ist ein festes Zusammenhalten gegen jeden Versuch, die errungenen Freiheiten zu verkümmern, von mehr als 2000 Bürgern eidlich angelobt worden. Da gestern am Schluß der Sitzung in der Singacademie der Präsident Grabow mittheilte, daß, falls das Aufruhrgesetz für die Montagssitzung zur Berathung nicht reif seyn sollte, man das Bürgerwehrgesetz discutiren werde, so will man hierin einen dem Ministerium angedeuteten Ausweg erblicken, auf welchem sich ein Zurückziehen der Vorlage umgehen ließe.

Potsdam, vom 26. August. Die am Donnerstage stattgefundene Bürgerwehr-Parade, verbunden mit einem Volksfeste, hat Allen einen sehr angenehmen Eindruck hinterlassen. Der zeitige Kommandeur der hiesigen Bürgerwehr, Stallmeister Brandt, macht in Folge dessen im heutigen Wochenblatt der Bürgerwehr nachstehendes Anerkenntniß des wohllöblichen Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bekannt: „Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung erachtet es für eine angenehme Pflicht, der gesammten hiesigen Bürgerwehr für die gestrige festliche Aufstellung ihre volle Anerkennung zugehen zu lassen. Es war dies ein Akt, welcher davon Zeugniß gibt, daß die hiesige Bürgerwehr nicht blos durch ihre Ordnung und Haltung, sondern auch durch den ihr inne wohnenden Geist an den Tag gelegt hat, daß sie selbst ein einiges Ganze, in treuer Anhänglichkeit an unsern Herrn, den König, und unser geliebtes Vaterland, in den Wünschen für eine allgemeine kräftige deutsche Einheit die hohe Bedeutsamkeit der Bürgerbewaffnung und den Zweck ihres Berufes, durch sie Gesetz und Ordnung zu schützen, erkannt hat. Potsdam, den 25. August 1848. Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung."

Breslau, vom 25. August. Die heute ausgegebene Fremdenliste enthält auch den Namen des ehemaligen Ministers Eichhorn.

— Am gestrigen Abende hatte das 11. Bataillon unserer Bürgerwehr eine harte Probe zu bestehen. Der bekannte Wit v. Dörring scheint planmäßig darauf auszugehen, den Haß gegen seine Person zur Erbitterung, zum Ausbruche der Volkswuth steigern zu wollen. Wer weiß, zu welchem politischen Zweck? Von Polizeibeamten, Konstablern, Bürgerwehrmännern wurden gestern Frechheiten, Verhöhnungen der öffentlichen Meinung, die Herr Wit auf offener Straße verübt, besprochen, welche keine andere Voraussetzung zulassen, als daß der genannte Herr eigends nach Breslau gekommen sey, um einen Skandal zu Stande zu bringen. Gegen 9 Uhr wurde das 11. Bataillon der Bürgerwehr vor das Hotel de Silesie gerufen, um aufgeregte Volkshaufen, die sich dort und in der Ohlauerstr. angesammelt, auseinander zu treiben. Der Bataillons-Kommandeur beorderte vom Fischmarkt aus eine Kompagnie über die Albrechtsstraße, eine durch's Predigergässel und nahm mit den beiden übrigen die Richtung durch die Ohlauerstraße. So wurde die Bischofstraße abgesperrt und die Massen entfernten sich meist auf die erste Aufforderung. — Bald darauf gelangte aus der Weinhandlung von Hansen eine dringende Aufforderung an den Kommandeur, seinem Hause Schutz zu gewähren und Hrn. Wit, der sich dort befinde, wo möglich auch zu entfernen. Dem Vorrücken einiger Züge des Bataillons stellt sich kein Hinderniß entgegen; nach einer kurzen Berathung erklärte Herr Wit, daß er zwar erst morgen die Stadt Breslau verlassen werde, daß er indeß unter dem Schutze der Bürgerwehr ins Hotel de Silesie zurückzukehren wünsche. Hr. Wit lieferte auf Geheiß die geheime Waffe ab und marschirte an der Seite des Majors zwischen zwei Zügen Bürgerwehr, ohne andere Anfechtungen, als dem bekannten disharmonischen Pfeiffen und Toben ausgesetzt zu seyn. Die Erbitterung im Volke, welches an den Häusern sich gruppirte und zum Theil die Bürgerwehr begleitete, äußerte sich in einer Heftigkeit, daß sie den Verfolgten in Stücke zerrissen hätten, wenn er nicht unter dem Schutze der Bürgerwehr gestanden hätte. Beim Einschwenken in die Bischofstraße nahm die Aufregung so sichtbar zu, daß sie sich zu einer wahren Volkswuth steigerte und sich selbst mehrere Wehrmänner bemächtigte.

Der Zugführer konnte Schimpfen und Schreien nicht mehr unterdrücken. Dem Major gelang es zwar, für den Augenblick die Ordnung herzustellen und bis ans Gasthaus zu behaupten. Aber hier entstand plötzlich ein so gewaltiges Drängen, daß es einen Augenblick unentschieden war, ob die Bajonette zum Schuß oder Angriff des Beschützten gefällt waren. Der Major und ein zuspringender Hauptmann hielten ihre Säbel über dem Haupt des ꝛc. Wit, um größere Gefahr mit Anstrengung aller Kraft abzuwenden.

Nachdem Herr Wit im Gasthof untergebracht, ließen bei der heftigen Aufregung der Vorübergehenden nicht undeutliche Anzeichen sich vernehmen, daß nach Entfernung der Bürgerwehr der Gasthof erstürmt werden könnte. Zu gleicher Zeit kam die Meldung, daß man in das Hinterhaus einzudringen versuche. Einer detachirten Kompagnie gelang es indeß schnell, die Gasse zu säubern, und sodann noch in der Ohlauer Straße die Haufen zum Auseinandergehen zu bewegen. — Bei solcher Stimmung der Gemüther blieb dem Bataillons-Kommandeur nur die Wahl: bis zum Morgen auf der Straße Wache zu halten, und wenn Herr Wit ausgeruht, ihn auf den Bahnhof zu escortiren; oder ihn zu veranlassen, noch in der Nacht die Stadt zu verlassen. Den Vorstellungen einiger einflußreicher Männer hatte Herr Wit endlich Gehör gegeben, und sich zur Nachtfahrt entschlossen. Der Bataillons-Kommandeur traf die Disposition in der Art, daß für den Begleiteten eine persönliche Gefährdung nicht zu befürchten stand. Gegen Mitternacht bewegte sich der Zug im Geschwindschritt — Herr Wit und ein befreundeter Wehrmann im Wagen, daneben zwei bewaffnete Reiter, im Bataillon von allen vier Seiten eingeschlossen — durch die Ohlauer Straße, die Klosterstraße, von greulichem Getöse umgeben, bis in die Gegend der Milde'schen Fabrik. Hier öffnet sich schnell auf Kommando die Kolonne, und der Wagen enteilt im gestrecktesten Trabe auf Oberschlesien zu und von den Thürmen der alten Stadt Breslau ertönte dumpf die Geisterstunde.

Ohlau, vom 25. August. Wit v. Dörring ist heute früh hier mit dem nach Oberschlesien gehenden Zuge abgefahren. Er trug einen Arm in der Binde und seine Kleidung befand sich in einem sehr traurigen Zustande.

(Bresl. Z.)

** Köln, vom 26. Aug. Es ist bereits dem Publiko auf dem Wege der Presse bekannt geworden, daß der Deputirte bei der Berliner Nationalversammlung, Dr. D'Ester von Köln, in Vereinigung mit einem andern seiner derzeitigen Collegen, einen umfassenden Entwurf zu einer neuen Gemeinde- und Kreisverfassung gemacht hat, welchen er der Nationalversammlung zur Berathung zu unterbreiten gedenkt. D'Ester hat diesen Entwurf in mehreren Exemplaren an den hiesigen Gemeinderath und an den Vorstand des hiesigen demokratischen Vereines gesandt, um ihn zur genauern Kenntniß und Prüfung seiner Mitbürger gelangen zu lassen, und um eventuell von denselben in geeigneter Weise unterstützt zu werden. Wie wir vernehmen, hat der Kölner Gemeinderath beschlossen, den Entwurf seines früheren Mitgliedes zu prüfen und hat zu dem Ende eine Kommission ernannt, welcher er den Hauptredakteur der Köln. Ztg., Hrn. Brüggemann, als Sachverständigen beigegeben. Wir müssen bei der Wahl dieses Sachverständigen ein wenig verweilen. Dem Hrn. Brüggemann Befähigung als Redakteur einer Kölner Ztg. und überhaupt als routinirter Publizist absprechen, hieße ungerecht seyn. Davon hat er nach vielen Seiten hin und unter den verschiedenartigsten Nüancirungen, welche die Köln. Ztg. vorzukehren beliebt hat, Beweise geliefert. Aber wo, um des Himmels willen! hat der Hr. Hauptredakteur Gelegenheit gehabt, sich mit der praktischen Seite der unter den vielen Wechselfällen einer publizistischen Laufbahn behandelten Theorien vertraut zu machen? Wir wüßten nicht eine einzige Stellung in dessen Leben aufzufinden, in welcher derselbe sich z. B. eine recht klare Anschauung, geschweige eine entsprechende praktische Auffassung des sozialen Lebens anzueignen, in der Gelegenheit gewesen wäre. Sind wir also schon berechtigt, nach solchen Prazedenzien auf Mangel an hinreichender Befähigung des gewählten Sachverständigen zu vorliegendem Geschäfte zu schließen, so erhält unser Zweifel volle Gewißheit, wenn wir uns einige Reden und Deduktionen wieder vergegenwärtigen, die der Hr. Brüggemann vor einigen Wochen in dem hiesigen Bürgervereine über gewerbliche Fragen hielt, in welchen nämlich vor lauter Phrasen und geschichtlichen Irrläufen die versprochenen „Erörterungen" nicht zu Tage kommen wollten. Demnach sind wir jetzt vollständig überzeugt, daß der hiesige Gemeinderath, welcher sich überhaupt schon durch Beiziehung eines Sachverständigen von Außen ein Armuthszeugniß selbst ausgestellt hat, in der Wahl dieses Sachverständigen bewiesen hat, daß ihm sogar die Befähigung abgeht, die richtigen Mittel aufzufinden, die selbst entbehrende Sachkenntniß zur Ausübung seiner Obliegenheiten von außen her zu ersetzen.

Der hiesige demokratische Verein, an den, wie gesagt, Dr. D'Ester sich auch gewendet hat, um Gutachten und Unterstützung zu erlangen, wird in seiner nächsten Sitzung den Entwurf ausführlich besprechen, und hat inzwischen als Vorort der demokratischen Vereine für Rheinland und Westfalen beschlossen, den ihm affiliirten Vereinen unter Zusendung des Entwurfes die Wünsche des Dr. D'Ester zu empfehlen.

Wenn trotz der von dem Präsidenten des Kölner Bürgervereines in dessen letzter Sitzung ausgesprochenen Vermuthung: „der geringe Besuch habe wohl seinen Grund in der auf Erholungsreisen begriffenen großen Mitgliederzahl" (man sieht demnach, daß der Geldsack in dem Bürgervereine stark repräsentirt ist, denn wer kann ohne ihn Erholungsreisen machen?) wir behaupten, daß der Bürgerverein anfängt, schwindsüchtig zu werden, so können wir dagegen von dem demokratischen Vereine rühmen, daß er zusehends in erfreulichem Gedeihen begriffen ist. Wir erkennen dies sowohl an der immer zunehmenden Zuhörerzahl (am vorigen Freitag fehlte nicht mancher Kopf an der Zahl von achthundert) als auch an dem steigenden Gehalte der Vorträge.

†† Frankfurt, vom 26. August. Die Berathung über Art. III der Grundrechte hat nun bereits 4 Tage gedauert, und vermuthlich wird er erst am nächsten Dienstag zur Abstimmung kommen. Allem Anscheine nach wird dieselbe dahin ausfallen, daß zwar die Religionsgesellschaften völlig unabhängig vom Staate erklärt, dagegen aber auch die Schule von der Aufsicht der Kirche frei gegeben wird. Nur ein Theil des Centrums wird gegen die Unabhängigkeit der Kirche stimmen, dagegen harmoniren die Linke und die klerikale Partei, welche letztere fast allein die Rechte ausmacht, darin vollkommen, daß der Staat sich von aller Einmischung in Religions- und Kirchensachen, und zwar nicht nur deren innern, sondern auch deren äußern Angelegenheiten vollkommen fern halten muß. Wenn dieselben dagegen in der Frage von der Unabhängigkeit der Schule von der Kirche auseinander gehen, so hat der Abgeordnete Vogt in einem überaus freien Vortrage schlagend die Gründe dafür angegeben. Indem die Linke auf die Gegenwart gerne Verzicht leistet, will sie sich wenigstens auf dem Wege der Erziehung die Zukunft sichern. Würde aber die klerikale Partei, indem sie gänzlich unabhängig wird, zugleich den hauptsächlichsten Einfluß auf die Erziehung gewinnen, so steht zu fürchten, daß zunächst wenigstens ein Rückschritt in politischen und socialen Fragen herbeigeführt würde. Die in der Nationalversammlung sitzende klerikale Partei (Lassaulx, Philipps und Genossen), und es sind ihre vorzüglichsten Häupter, hat es, mit wenigen Ausnahmen, bewiesen, daß sie der Freiheit in andern Fragen, als kirchlichen, nicht huldigt, und in der Schulfrage dürften ihre Hoffnungen daher nicht in Erfüllung gehen. Damit ist indessen der Religion nicht der mindeste Abbruch gethan. Nicht Aller, daß der Religions-Unterricht von der Geistlichkeit in vollstem Maße ertheilt werden kann; in Folge der Unterrichtsfreiheit (des jahrelangen Strebens der gallikanischen Geistlichkeit) wird ihr auch das Recht, selbstständig Schulen zu errichten, nicht bestritten. Und daß die Unterrichtsfreiheit ebenfalls ausgesprochen werden wird, ist nicht zu bezweifeln. So scheint diese Frage in einer überall befriedigenden Weise entschieden zu werden, und wenn je irgend Jemand aus der Abstimmung, wie ich sie angekündigt habe, Befürchtungen zu ziehen Veranlassung hätte, so ist es sicher nicht die kerikale Partei. Am allerwenigsten aber mögen die Freunde der Religion Ursache haben, mit einer solchen Entscheidung unzufrieden zu seyn, denn in der Freiheit blüht ihr die schönste Zukunft. Die Abgeordneten Zimmermann aus Stuttgart und Kuenzer aus Baden, beide der äußersten Linken angehörend, sowie der Abg. Zittel aus Baden, dem rechten Centrum angehörend, haben dies am besten dargethan. Namentlich aber hat Zimmermann durch seinen begeisterten Vortrag eine unbeschreibliche Wirkung hervorgerufen, u. daß ein katholischer Geistlicher, Kuenzer, vom kirchlichen Standpunkte aus die Unabhängigkeit der Kirche so warm vertheidigte, zugleich aber die Aufsicht über die Schule dem Staate vindizirte, machte einen nicht minder guten Eindruck. Die Sitzung vom 24. ds. Mts. war jedenfalls eine der wohlthätigsten. Was man so sehr befürchtete, confessionelle Reibungen, ist nur in geringem Maße hervorgetreten.

Die Kirchen- und Schulfrage absorbirt hier augenblicklich andere Fragen. Dennoch erregte es Aufsehen und wird als höchst bedeutungsvoll erkannt, daß die äußerste Linke sich zu sagen von der ganzen Stadt Wien, von sämmtlichen Klubs der Nationalgarde, der akademischen Legion und einer großen Anzahl Abgeordneter, namentlich aber vom Sicherheits-Ausschuß, der That nach der obersten Behörde Wiens, eine Zustimmungs-Adresse erhalten hat. Heute Nachmittag um 4 Uhr wird eine Deputation aus Wien von dem Vernehmen nach, 24 Mitgliedern hier ankommen und diese Adresse überreichen. In Hanau ist diese Deputation höchst festlich empfangen worden, und hier bereiten sich die verschiedenen Vereine ꝛc. ebenfalls zu Festlichkeiten vor.

Heute Morgen waren die Abgeordneten v. Itzstein und Wiesner beim Reichsverweser und überreichten demselben eine von zwischen 2 und 3000 Jungfrauen Badens unterzeichnete Petition um Amnestie. Derselbe hat sich bei dieser Gelegenheit sehr erstaunt darüber ausgesprochen, daß die badische Regierung so zurückhaltend und ängstlich in dieser Frage sey. Daß Würtemberg die an dasselbe ausgelieferten badischen Republikaner, ohne Weiteres entlassen und jede Untersuchung niedergeschlagen hat, ist bekannt; daß dagegen die badische Amnestie ein wahres Possenspiel ist, ja daß dieselbe nur bezweckt, diejenigen Gefangenen, die man ohne einen Schatten von Grund eingezogen hat, ohne Aufsehen los zu werden, liegt auf der Hand, wenn man sich fragt, welche Sorte von Gefangenen nach

den von der Amnestie ausgenommenen noch übrig bleibt. Möge Preußen, an welches ja auch Auslieferungen erfolgt sind, bald dem Beispiel Würtembergs folgen, und seine Gefangenen ebenfalls entlassen.

Kassel. Der hiesige Stadtrath hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„In den jüngsten Tagen ist die Ruhe der Residenz auf beklagenswerthe Weise wiederholt gestört worden. Nichts ist geeigneter, den stockenden Handel, den gelähmten Gewerbebetrieb, das allgemeine Vertrauen mehr noch eben deshalb niederzudrücken, als solche Ereignisse, die jeden rechtlich gesinnten Einwohner gewiß betrüben müssen. Zu allen Zeiten hat die Bürgerschaft Kassels einen hochachtbaren Sinn für gesetzliche Ordnung bewährt; stets hat sie das einträchtigste Zusammenwirken zur Abwehr von Ruhestörungen bekundet. Und dieser Geist für gesetzliche Freiheit, Ordnung und Recht beseelt sicherlich in gleicher Stärke auch noch unsere wackern Mitbürger. Es wird wesentlich dazu beitragen, die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu erhalten, wenn Hausväter und Handwerksmeister mit Strenge, Kinder und Lehrlinge bei eintretender Dunkelheit von dem Besuche der Straßen und öffentlichen Plätze abhalten und wenn das ganz zwecklose und nur die Ruhe der Einwohner störende Durchziehen der Straße während der Nachtzeit unterbleibt. Sowohl hierzu, als zum Verschluß der Hausthüren in vorschriftsmäßiger Zeit wird aufgefordert und dringend ermahnt, durch Folgsamkeit gegen die Anordnungen derjenigen, welchen die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit obliegt, jedes Unheil abzuwenden, das unsere Vaterstadt sonst betreffen könnte. Kassel, am 25. August 1848. Der Stadtrath der Residenz: Hartwig."

Kassel, vom 26. August, Morgens. Gestern Abend hielt der sogenannte demokratische Verein eine öffentliche Sitzung im Reithause, bei welcher außer andern Theilnehmenden und Zuhörern auch mehrere Mitglieder der hier eingetroffenen Petitions-Deputationen sich eingefunden hatten, davon Herr Schärtner aus Hanau Veranlassung nahm, sich gegen die Epidemie der Katzenmusiken auszusprechen und diese als eine ganz ungeeignete Demonstration darstellte, da es nicht an legalen Mitteln fehle, sowohl seine Meinung auszusprechen, als die Meinungen Anderer einer rechtlichen Kritik zu unterwerfen. Diese Darlegung hatte großen Beifall. Dr. Kellner tadelte ebenfalls die nächtlichen Katzenmusiken, da man doch bei Tage seine Meinung genugsam öffentlich an den Tag legen könne. Dr. Bayrhoffer sprach von der Wahl-Agitation und drückte den Wunsch aus, wenigstens zunächst eine ¾ Majorität für die Wahlreform zu erlangen. An der Tagesordnung war ein Bericht über das Verhalten der linken Seite der National-Versammlung zu Frankfurt. (Kass. Z.)

Oestreich.

Wien. Hr. Hirschberger, einer der geistlichen Redner im Odeon in Wien bei der Versammlung der Deutschkatholiken, hat folgende Zuschrift erhalten: Vom k. k. apostolischen Feld-Vicariate. Durch Ihre öffentliche Rede im Odeon vor einer zahlreichen Versammlung von Deutschkatholiken haben Sie laut der öffentlichen Tagesblätter solche Ueberzeugungen und Grundsätze ausgesprochen, welche mit dem katholischen Glaubensbekenntnisse nicht mehr sich vereinigen lassen, und Sie haben überhaupt dadurch das Vertrauen der katholischen Gläubigen verloren, weßwegen Ihnen die Ausübung kirchlicher Funktionen und die Ausspendung der heiligen Sakramente im k. k. Militär-Garnisons-Spitale nicht mehr anvertraut werden kann. Sie werden daher durch gegenwärtiges Schreiben ab omni officio jurisdictionis et ordinis suspendirt und von der Militär-Seelsorge enthoben. Unter Einem wird von dieser militär-geistlichen Verfügung das hohe k. k. Kriegsministerium in Kenntniß gesetzt, von welchem über Ihre anderweitige Behandlung die Entschließung erfolgen wird. Wien, 19. August 1848. Joh. M. Leonhard, apostolischer Vicar. (Oestr. Z.)

Die Allgem. Ztg. schreibt in diesem Betreff aus Wien, vom 22. Aug. „Die Bewegung scheint hier in ein neues Stadium zu treten, in ein Stadium, das freilich vorauszusehen war. Der Wiener „Seelsorge-Klerus" kündigt den Gläubigen heute Sonntag feierlich mittelst großgedruckten Maueranschlags an, daß der katholischen Kirche in Wien eine „schmerzliche Wunde" geschlagen, daß einer ihrer Söhne von ihr abgefallen, und daß dieser, obgleich bis auf die letzte Zeit „fungirender Priester", jetzt eifrigst mit Verbreitung gefährlicher Irrlehren beschäftigt sey. Der Abtrünnige wird in diesem Placat nicht mit derjenigen christlichen Liebe behandelt, die dem Klerus, wenigstens da wo er als Corporation auftritt, wohl anstehen würde; es wird nicht der geringste Versuch gemacht, ihn wieder zu gewinnen, es wird durchaus keine Rücksicht darauf genommen daß er sich selbst „im Irrthum" befinden, und also von seinem jetzigen Standpunkt aus eine Gewissenspflicht erfüllen kann, er wird kurzweg verstoßen, geschmäht und verdammt. Dagegen werden die Gläubigen auf eine Weise vor ihm gewarnt, als ob große Gefahr von ihm zu besorgen wäre, was doch nach den von ihm selbst und seinen Consorten ausgegangenen Veröffentlichungen, die zur Seite des Placats an den Straßenecken prangen, keineswegs der Fall ist, denn sie sind phrasenhaft und leer. Es handelt sich, wie Sie wohl schon errathen haben, um den Deutschkatholicismus; es hatte eine Volksversammlung im Odeon stattgefunden, worin ein Hr. Pauli, wie ich glaube, ihn gepredigt und ihm Sympathien gewonnen hat, und dieß ist für Wien jedenfalls ein wichtiges Ereigniß, das nicht ohne Folgen bleiben wird. Der klerikalische Bannstrahl wird den Handel nicht abthun, selbst dann nicht, wenn er zünden, d. h. wenn er den großen Haufen in Gährung versetzen und zu Gewaltsamkeiten antreiben sollte; dies letztere könnte aber gar wohl geschehen, und darum war es wenig angemessen, ihn zu schleudern. Ein Hr. Wilh. Gärtner, Priester an der Universitätskirche, hat sich zu einem öffentlichen Disputatorium mit Hrn. Pauli erboten; das ist schon besser, aber auch noch nicht das Rechte, denn was kümmert ihn die Person des Hrn. Pauli, er hat es bloß mit der Sache zu thun, die natürlich durch eine gute oder eine schlechte Vertheidigung nichts gewinnt und nichts verliert. Ich glaube nicht zu irren wenn ich diese ersten Spuren einer religiösen Bewegung in Oestreich für sehr wichtig und consequenzenreich halte; es wird sich schon mancher gewundert haben, daß sie nicht längst hervorgetreten sind."

In einem andern Schreiben aus Wien, vom 23. Aug. heißt es: Die deutsch-katholische Bewegung beängstigt die besonnene Classe der hiesigen Bevölkerung; man sieht hinter ihr viel mehr als den in Oestreichs offene Thore einziehenden Rationalismus, man erkennt, daß er der Vorwand zu erneuter radical-politischer Wühlerei ist. Unbegründet scheint uns jedoch die Furcht des päpstlichen Nuncius zu seyn, als würde bei einem etwanigen thätlichen Ausbruche dieser Bewegung sein Haus zuerst oder überhaupt besonders bedroht werden. Eine vielleicht etwas zu weit getriebene Vorsicht soll den Prälaten bestimmt haben, seine Archive der französischen Gesandtschaft anzuvertrauen, im Fall ihm Excesse heranzunahen schienen.

— Schluß der Reichstags-Sitzung vom 22. August. Es kamen in dieser Sitzung noch folgende Interpellationen vor:

Abg. Thienfeld: Die Ruhe der Stadt Wien sey gestern auf eine bedenkliche Art gestört worden. Tausende von Arbeitern durchzogen die Stadt, die Thore waren gesperrt, Kanonen der Bürgerwehr aufgefahren, die Nationalgarde mußte einschreiten. Nachdem die Reichsversammlung sich dem Kaiser gegenüber zur Aufrechthaltung der Ruhe gleichsam verbindlich gemacht habe, könne ihr dies nicht gleichgültig seyn. Ein vom demokratischen Klub ausgehendes Plakat zeige überdies, daß dieser Bewegung noch ein politischer Charakter zu Grunde liege. Er frage daher, was die Veranlassung zu den gestrigen Vorfällen war, welchen Erfolg dieselben gehabt haben und was das Ministerium zu thun entschlossen sey, um ähnliche Vorgänge künftig zu verhindern?

Schwarzer: Anlaß zu dieser Bewegung gab die Herabsetzung des Tagelohns für Weiber und junge Leute unter 15 Jahren, wozu sich schon seit 6 Wochen das Bedürfniß zeigte, weil grade bei ihnen ein solches Zuströmen stattfand, daß man sie nicht mehr berücksichtigen konnte. Auch zeigte sich bei den Gewerben an Arbeitern Mangel, weil diese Leute im Prater lieber in Gesellschaft nichts thaten. Man konnte also nur durch Herabsetzung des Lohnes einen Theil ausscheiden. Doch geschah dies nicht früher, weil dies nicht gerathen war, ehe volle Garantie für Ruhe und Ordnung bestand; und es mußte jetzt geschehen, denn die strenge Jahreszeit ist vor der Thür, wo dann 14—15,000 Arbeiter versorgt werden müßten. Hinausziehen dieser Maßregel hätte vielleicht nur in größerem Maße beunruhigt. Daher wurde diese Herabsetzung im Ministerrathe beschlossen und die Mittheilung an die Behörden Freitags gemacht und Sonnabend den Arbeitern mitgetheilt. Der Sonntag verging ruhig, aber Montag zogen sie herum, und da fand die erwähnte Unruhe statt. Das Ministerium ist mit Kraft den Arbeitern entgegengetreten und hat nichts zurückgenommen. (Beifall.) Ich glaube, daß dies seit Monaten das erste Mal war, wo das Ministerium einer Volksbewegung nicht nachgegeben hat, ich glaube, daß alle Mitglieder damit einverstanden sind, wie sie auch erklärt haben, daß dies fortan die Richtschnur des Handelns seyn werde. Wenn wir eine strenge Handhabung der Gesetze als nothwendig erkannt haben, werden wir mit aller Strenge den Befehlen für Ordnung gebührende Achtung zu verschaffen wissen. Ich glaube, es war noch eine zweite Frage?

Thienfeld: Die Frage wegen des Erfolges.

Minister Schwarzer: Der Erfolg ist der, daß viele Arbeiter an ihre Arbeit zurückgekehrt sind und vielleicht nicht mehr kommen nnd sich anderen Beschäftigungen widmen werden. Das Ministerium wird auf diesem Wege konsequent fortfahren.

Justiz-Minister Bach: Der Herr Interpellant hat auch gefragt, ob die gestrige Bewegung einen politischen Charakter gehabt habe, und in dieser Beziehnng vorzugsweise auf ein Plakat hingewiesen, welches heute zum allgemeinen Unwillen an den Straßenecken prangt, in welchem ein Verein sich über das Ministerium und den Reichstag stellt. (Beifall.) Meine Herren! Wir sind verantwortlich für die Aufrechthaltung der allgemeinen Ordnung und Ruhe, wir sind auch verantwortlich für die Aufrechthaltung der konstitutionellen Freiheiten, die, wenn sie auch noch nicht durch die Constitutions-Urkunde verbürgt sind, doch durch das Wort des Monarchen, durch das Zusammentreten der freien Vertreter Oestreichs garantirt sind. An diesem Standpunkt festhaltend, werden wir das Recht der Association und der freien Vereinigung in jeder Beziehung respektiren; allein ich fühle mich zugleich verpflichtet, offen zu erklären, daß wir auch jedem Mißbrauche dieses Rechtes entschieden entgegenzutreten wissen. Meine Herren! Wir wissen wohl, daß positive Gesetze darüber noch nicht bestehen; allein wir glauben die Sache richtig aufzufassen, wenn wir meinen, daß das höchste Gesetz der Gesellschaft, das des allgemeinen Wohles, uns auch in dieser Hinsicht zur Richtschnur dienen muß, und von diesem Gebote geleitet, werden wir uns auch nicht scheuen, für die Verfügungen, die uns dieses Gebot aufdringen wird, diesem Hause hier verantwortlich zu seyn und von demselben das Urtheil über unsere Handlungen hinzunehmen. (Beifall.) Meine Herren! Wir sprechen uns hier offen darüber aus, daß wir auf dem konstitutionellen monarchischen Boden stehen, und daß wir anarchische und republikanische Bewegungen nicht dulden werden. (Anhaltender Beifall.) Meine Herren, wir haben die französische Republik anerkannt, weil wir von dem Grundsatze ausgehen, daß die inneren Angelegenheiten jedes Volkes von ihm und durch es selbst geordnet werden können. Wir aber sind durchdrungen von der Ueberzeugung und zweifeln nicht, daß Sie, meine Herren, wie Ein Mann dafür aufstehen werden, daß das volksthümliche, konstitutionell-monarchische Prinzip es ist, welches uns regieren muß, wenn Oestreich kräftig und verbürgt für seine Zukunft aus der Bewegung der Zeit hervorgehen soll. (Beifall.) Meine Herren! In dieser Ueberzeugung glauben wir handeln zu müssen; wir haben zwei Rücksichten im Auge, die Feststellung der Freiheiten des Volkes, diese werden von dieser Versammlung gewahrt; die Organisirung einer kräftigen Exekutivgewalt ist unsere Pflicht, und wir glauben, daß, wenn wir dabei im Geiste des Gesetzes, im Geiste der konstitutionellen Freiheit vorwärts gehen, Sie uns wirksam unterstützen werden. (Beifall.)

Kriegsminister Latour: Meine Herren! Ich bin gestern nicht anwesend gewesen, als der Herr Minister des Innern von einem Abgeordneten interpellirt worden ist über die Frage, ob östreichische Truppen bei dem unglücklichen Kriege, der in Syrmien geführt wird, gezwungen werden, Antheil zu nehmen. Ich habe dieselbe Pflicht, Ihnen die volle Wahrheit zu sagen: Es befinden sich bis jetzt, wo der Krieg nur an einem Punkte geführt wird, nur ein Ulanen-Regiment, ein galizisches Regiment, ein italienisches Regiment und etwas deutsche Kavallerie bei dem Corps, welches den Serben gegenüber steht. An den kroatischen Gränzen sind noch keine Feindseligkeiten vorgefallen, indessen ist dieser Krieg ein unnatürlicher, denn beide Theile gehorchen dem nämlichen Monarchen; das ist noch nicht vorgekommen; man hat Kriege gesehen, wo sich brave Truppen in ihrer politischen Meinung ob ihrer strengen Disziplin irre leiten ließen. Ich habe selbst Theil genommen an einem Kriege, als vor 36 Jahren bei der Armee eine ähnliche Stimmung war, die Sache war uns verhaßt, aber der edle Corps-Kommandant wußte auf den ritterlichen Sinn des Armee-Corps zu wirken, und die Truppen fochten in allen Gelegenheiten mit größter Tapferkeit. Ich glaube aber, hier gibt es keinen Ausdruck für das Gefühl, welches die Truppen haben, die gegen ihre Waffenbrüder, welche dieselben Fahnen tragen, kämpfen. Es ist von Seiten des Ministeriums eine sehr nachdrückliche Vorstellung gemacht, und Se. Majestät sind angegangen worden, in Ihrer Weisheit ein Mittel zu finden, diesem Zustande ein Ende zu machen. Dies kann aber nicht gehofft werden, wenn nicht die Rathgeber der ungarischen Krone thätigst einwirken, denn auf sie fällt die Verantwortlichkeit. Das östreichische Ministerium, weder das vorige noch jetzige, hat keine Verantwortung hierüber; die Rathgeber der ungarischen Krone haben ein Gesetz in Vorschlag gebracht, die Militärgränze mit ihnen zu vereinigen, sie würden es vielleicht nicht gethan haben, wenn sie die Folgen vorausgesehen hätten, denn die Militärgränze empfindet die größte Antipathie, dem ungarischen Ministerium zu gehorchen; das ist Thatsache. Es ist der Gränze ein moralischer Zwang auferlegt, der nur nach langer Zeit seine Wirkung verlieren kann. Die Herren Offiziere, die in der Lage sind, in den deutschen Regimentern zu dienen, haben nur den Wunsch, bald aus dieser Lage befreit zu werden, und Se. Majestät haben bereits befohlen, so bald als möglich die deutschen Regimenter aus Ungarn zu entfernen, doch kann dieses nicht augenblicklich geschehen, weil das ungarische Ministerium nur eine Ablösung gestattet, wenn man ihnen gleich Ersatz geben kann. Das kann nicht auf einmal geschehen, aber selbst die deutschen Offiziere in den ungarischen Regimentern sind äußerst unglücklich, und ich muß bedauern, daß ich in meiner Amtswirkung kein Mittel habe, sie Alle im Augenblicke aus dieser Lage zu befreien. Ich wünschte, daß die ungarischen Offiziere aus den deutschen Regimentern den Wunsch, in ihre vaterländischen Regimenter versetzt zu werden, aussprechen möchten, aber bis jetzt haben dieses äußerst Wenige gethan, und selbst die ungarischen Offiziere fühlen eine eigene Abneigung, in diesen Kampf zu gehen, es ist kein Kampf gegen äußerliche Feinde, sondern gegen Truppen desselben Monarchen, derselben Fahne.

Abg. Selinger befragt den Vorstand des Constitutionsausschusses, wie weit die Arbeiten gediehen sind, und ob er gesonnen ist, die Theile der Arbeiten den Abtheilungen vorzulegen?

Abg. Meier antwortet im Namen des Verfassungsausschusses, daß die täglichen unausgesetzten Plenarsitzungen ihm die Zeit nicht lassen, zu arbeiten. Hierauf wurde die Verhandlung über den Kublichschen Antrag fortgesetzt.

Abg. Löbner geht zur Motivirung seines Antrags über, welcher die Ertheilung von Adels-Diplomen betrifft: „Ich wollte nicht auf Aufhebung des Adels antragen, er existirt eigentlich nicht mehr. Aber jede neue Verleihung ist gleichfalls eine Anfrage an die Welt, ob sie noch an den Adel glaubt. Der Adel ist ein unnatürlich gewordenes Produkt; er gleicht Fossilien, die nach einer Erd-Revolution überbleiben. Was Anderes ist er nur da, wo er sich durch Verquittung mit großem Grundbesitz erhalten hält; aber in Deutschland gehört er zu den Fossilien und zwar zu den minder werthvollen; geschliffen mag er vorkommen, doch hat er noch scharfe Knoten gezeigt. Wir sind eine politische Versammlung, eine solche soll mit der Vergangenheit nicht abbrechen, sie soll nicht unnütz Gewalt brauchen, sie soll einen abgelebten Körper still aussterben lassen. So lange der Adel noch verliehen und der Bürger darauf hingewiesen wird, das Pergament als Lohn zu betrachten, so lange hat der Adel noch ein dünnes Würzelchen im Volke; wird der Adel nicht mehr verliehen, so werden die alten Pergamente für vermoderte Verdienste kein Ansehen mehr haben. Mein zweiter Antrag geht dahin, der Staat erkläre, er wisse bei klarem Bewußtseyn nichts vom Adel, man lasse den Leuten ihre JugendErinnerungen. Es ist jetzt Trachtenfreiheit, lassen wir die Leute ihren Adel tragen, so wie man jeden seinen Bart tragen läßt. Jeder Druck erzeugt Gegendruck, und eine solche Reaction ist natürlich, darum sollte man Leuten, die vielleicht aus ernsten Gründen unsere Freiheiten nicht bekämpfen werden, nicht Gelegenheit geben, sich wegen eines Nichts zu erzürnen. Das Volk sollte keine kleinliche Rache nehmen, es sollte Amnestie ertheilen, wie ein großer Fürst.

Lassen Sie den Leuten ihre kindische Freude, die Waffe der Lächerlichkeit ist scharf, sie ist aber milder, und man sollte die mildere wählen. (Beifall.) Der Antrag wird mit ungeheurem Beifall unterstützt.

Der Abg. Heim trägt darauf an, der Antrag werde dem Constitutions-Ausschusse zugewiesen. Der Abg. Umlauft will ihn gleich der Vollberathung zugewiesen haben. Beide Anträge werden unterstützt. Löhner stellt den Antrag auf Zuweisung zu den Abtheilungen, erklärt sich aber bestimmt gegen die Zuweisung an den Constitutions-Ausschuß. Abg. Meier spricht für Zuweisung an den Constitutions-Ausschuß, weil dieser bereits weiter gegangen sey, als der Antrag Löhner's selbst. Abg. Palazki: So einfach und unbezweifelt das Prinzip auch ist, so hängt sich doch in der Ausführung viel daran. Es hängen daran die Institute der Majorate, Fideikommisse, es werden neue Amendements sich daran knüpfen. Abg. Polatschek bemerkt, daß ja Fideikommisse auch von Bürgern gegründet werden können. Abg. Borrosch fordert den Antragsteller auf, seinen Antrag zu theilen, der erste Theil könne sogleich in Vollberathung kommen. Abg. Löhner: Ich stimme vollkommen bei. Bach versichert, daß, seitdem er im Ministerium ist, kein Antrag auf Adels-Verleihungen gestellt wurde. Die Adels-Verleihungen, die jetzt in den Zeitungen erscheinen, datiren von der früheren Zeit. Der Antrag des Abg. Borrosch, daß der erste Theil des Löhner'schen Antrags sogleich zur Vollberathung komme, wird angenommen. (Beifall.) Es wird der Antrag des Abg. Sierakowski auf sofortige Aufhebung des Adels verlesen. (Stürmischer Beifall.) Es wird beschlossen, diesen Antrag zugleich zur Verhandlung zu bringen. Der zweite Theil des Löhner'schen Antrages wird an den Constitutions-Ausschuß verwiesen. Sierakowski hat bereits früher einen Antrag auf gänzliche Aufhebung gestellt und begründet seinen Antrag mit folgenden Worten: „Es ist bereits feierlich anerkannt, daß wir eine demokratische Monarchie wollen. Diese hat ihre Souverainetät im Volke, und es muß daher jedem Einzelnen sein gleicher Theil zuerkannt werden. Dies zu können, müssen wir nun das größte Hemmniß beseitigen. Ich glaube, diese wenigen Worte werden genug seyn." Abg. Borrosch bedauert die Kumulirung der beiden Anträge. Der Antrag Sierakowski's greife in die Rechte des Constitutions-Ausschusses ein. Abg. Löhner: Sein Antrag betreffe eine administrative Maßregel und kein Gesetz, es könne daher nicht die Bestimmung der Geschäftsordnung für Gesetze darauf Anwendung finden. Abg. Heimerl: Wir sind ein gesetzgebender Körper; was wir erlassen, sind Gesetze. Abg. Neuwall: Der Kaiser will nur so viel von seinen Rechten hergeben, als die Constitution verlangt, es muß daher diese abgewartet werden. Abg. Brestel trägt an: Die Versammlung geht, in der Ueberzeugung, daß das Ministerium auf keine weitere Verleihung von Adelstiteln antragen werde, zur Tagesordnung über. Die motivirte Tagesordnung wird angenommen.

Wien, vom 23. August. Man vermuthet, Herr von Wessenberg werde in den nächsten Tagen Wien wieder verlassen und aus dem Ministerium ausscheiden. Wie es heißt, soll er durch den Generallieutenant Grafen v. Thurn in seinem Departement ersetzt werden. (Durch anderweitige Mittheilungen erhalten wir die Nachricht, daß in der am 22. abgehaltenen ersten Conferenz zwischen Hrn. v. Wessenberg und den Repräsentanten Frankreichs und Englands, ersterer im Namen der östreichischen Regierung einstweilen die Vermittelung abgelehnt habe *), da man mit dem König Karl Albert in direkten Unterhandlungen stehe, und nicht wisse, ob er selber die Vermittelung angenommen (was jedoch geschehen ist), und da ferner die Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht alle erfüllt seyen. Letzteres bezieht sich wohl hauptsächlich auf Venedig, das sich durch das Bleiben der sardinischen Flotte in seinem Widerstande geschützt sieht. (A. Z.)

Wien, vom 24. August. Heute sind hier nachstehende Kundmachungen erschienen:

„I. Seit einigen Tagen ist die Stadt Wien und Umgebung durch die Exzesse der bei öffentlichen Bauten beschäftigten Arbeiter in beständige Unruhe und Aufregung versetzt, in Folge deren das Vertrauen schwindet, Gewerbe und Handel stocken und das Wohl sämmtlicher Staatsbürger gefährdet ist. Der Ministerrath hat demnach, durchdrungen von der Wichtigkeit der von ihm übernommenen Pflichten, einhellig folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Das Ministerium übernimmt die unmittelbare Leitung aller Maßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in der Residenz. Alle exekutiven Organe haben daher nur nach den Anordnungen des Ministeriums zu handeln.

2) Die Nationalgarde wird unmittelbar und allein dem Ministerium untergeordnet.

3) Auf allen Arbeitsplätzen, wo die gestrigen Unruhen stattfanden, ist die Arbeit eingestellt, und alle jene Arbeiter, welche daselbst beschäftigt waren und neuerdings zu einer öffentlichen Arbeit zugelassen werden wollen, müssen sich über ihr bisheriges Verhalten auf den Bauplätzen, so wie über ihre Zuständigkeit, ausweisen, wonach ihnen ein Arbeitsschein von dem betreffenden Bezirks-Kommissariate ausgefertigt wird.

Wien, am 24. August 1848.

Der Ministerrath.

Wessenberg. Doblhoff. Latour. Krauß. Bach. Hornbostl. Schwarzer."

„II. Um der zur Aufrechthaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit einschreitenden Nationalgarde den gebührenden gesetzlichen Schutz zu sichern, wird hiermit verordnet:

1) Die Bestimmungen der §§. 70 und 71 des Strafgesetzbuches ersten Theils finden auch auf Widersetzlichkeiten gegen die Nationalgarde (einschließlich der Bürgerkorps und akademischen Legion) in Erfüllung ihres Berufes Anwendung. Wer sich also der Nationalgarde in Vollziehung ihres Dienstes mit gefährlicher Drohung oder wirklicher gewaltsamer Handanlegung, obgleich ohne Waffen oder Verwundung und ohne Zusammenrottung, widersetzt, macht sich des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit schuldig und wird mit schwerem Kerker von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft.

2) Das unbefugte Tragen der Abzeichen der Nationalgarde und akademischen Legion wird als schwere Polizei-Uebertretung nach §. 88 des Strafgesetzbuchs, II. Theils, mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monat bestraft.

Wien, den 24. August 1848.

Der Ministerrath.

Wessenberg. Doblhoff. Latour. Krauß. Bach. Hornbostl. Schwarzer."

(Allg. Oestr. Ztg.)

Pesth, vom 22. August. In Folge der Nachricht von der Niederlage der Ungarn bei St. Thomas war gestern eine sehr stürmische Sitzung im Hause der Deputirten. Es ist nämlich unzweifelhaft, daß ein General in der Affaire bei St. Thomas die Ungarn in dem Augenblicke durch Contrebefehle verrathen, als ihr Sieg gewiß schien. Die Ungarn sollen bereits auf den Schanzen gewesen seyn, als auf einmal die sie schützende Kanonade verstummte und sie im Stiche gelassen wurden. Moriz v. Perzel, welcher Polizeichef im Ministerium des Innern gewesen, wegen der reaktionären Richtung des Ministeriums aber seine Stelle niederlegte, überhaupt ein in Ungarn seltener Charakter, erklärte nun von der Rednerbühne herab, daß in der Anordnung oder Ausführung der Kriegsoperationenen „Verrath" ist, er achte zwar den Kriegsminister Meßaros, er sehe aber ungern in dessen Händen das Kriegsportefeuille. Er trage daher darauf an, ein Kriegskomite niederzusetzen und nöthigenfalls bevollmächtigte Kommissäre ins Lager zu senden, welche dort die strengste Untersuchung anstellen sollen. Das Haus hörte den Redner mit tiefster Aufmerksamkeit an. Der Reg.-Kommissär Moritz v. Szentkiralyi, welcher als Courier aus dem Lager gekommen, legte Verwahrung ein gegen die Allgemeinheit des der militärischen Kriegsleitung gemachten Vorwurfs der Verrätherei und gab also stillschweigend den theilweisen Verrath zu. Aber jetzt fingen die Minister Meßaros, Batthyany, Kossuth und Szecheny an, gegen Perzel wie angeschossene Bären zu wüthen. Sie warfen ihre Portefeuilles hin, „morgen ist kein Ministerium mehr!" wenn das Haus nicht sogleich seine Mißbilligung gegen Perzel ausspreche und dem Ministerium abermals ein Vertrauensvotum gebe. Die ministerielle Majorität erhob nun einen ungeheuern Lärm gegen Perzel. Das wilde Schreien und Durcheinander dauerte beinahe 4 Stunden und endete mit der erbärmlichen Komödie des Vertrauens-Votums für das Ministerium und der Mißbilligung gegen Perzel. Kossuth hatte die Ernennung einer Commission beantragt, vor welcher Perzel die Begründung seiner schweren Anklage führen solle. Die Majorität klatschte Beifall; als aber Meßaros verlangte, daß Perzel nicht einer Commission des Hauses, sondern dem Ministerium des Vertrauens seine etwaigen Beweise vorlege, erklärte sich die Majoritat für Meßaros. In der Nacht fand wieder eine außerordentliche Sitzung statt, in welcher in Betreff des Rekrutirungsgesetzes zwischen dem Entwurf des Kriegsministers Meßaros und dem Amendement des Finanzministers Kossuth entschieden ward. Die Majorität sprach sich für Meßaros aus. So hat dieser treue Knappe Radetzky's den Kossuth aus der Majorität ausgestochen.

Triest, vom 21. Aug. Gestern Abends hat der von Venedig kommende französische Kriegsdampfer „Sully" Cap. Rignier auf unserer Rhede Anker geworfen. An Bord desselben befanden sich 150 Passagiere, darunter eine große Menge Deutsche, welche behaupten, aus Venedig vertrieben worden zu seyn. Es soll dort von unten herauf eine Trostlosigkeit und Verwirrung, und von oben herab ein Terrorismus sonder Gleichen herrschen. Morgen finde ich vielleicht Gelegenheit, Ihnen Näheres darüber zu schreiben. Zu gleicher Zeit mit dem Dampfer traf die französische Gabarre „Provencienne," befehligt vom Corvettencapitän Trehouard, in 23 Tagen von Toulon kommend, auf unserer Rhede ein. Gestern Abends hatten wir zum erstenmal in Triest das Schauspiel einer Katzenmusik, die dem Commandanten der Guardia Civica gebracht, aber durch sofortiges Einschreiten der Bürgerwehr und des Militärs unterbrochen wurde. Es setzte dabei einige blutige Köpfe. (A. Z.)

Frankreich.

* Paris, vom 27. August. Der National und die Reforme bringen heute einen Brief Louis Blanc's, worin dieser anzeigt, daß er sich entferne, um auf diese Art besser gegen den Belagerungszustand und die Herrschaft der Gewalt protestiren zu können. Er glaube nicht, daß Frankreich geneigt sey, noch länger diesen ungesetzlichen Zustand zu dulden. Wenn der Tag der Debatte herankomme, werde er sich stellen. Man versichert, daß sich Louis Blanc gestern nach der Sitzung sogleich auf der Eisenbahn nach Calais begeben und dort nach England eingeschifft hat. Auch Caussidiere konnte nicht verhaftet werden, — er soll sich nach Belgien entfernt haben. (S. Brüssel.)

Der „Independant de l'Ouest," eines der Hauptorgane der legitimistischen Partei, erklärt sich für ermächtigt, officiell anzuzeigen, daß die Prinzen der Familie Orleans anerkannt haben, daß der Herzog von Bordeaux der rechtmäßige Thronerbe Frankreichs sey, und daß sie auf alle ihre Ansprüche Verzicht geleistet haben, sich zugleich verpflichtend, der Wiederherstellung der legitimen Monarchie kein Hinderniß in den Weg zu legen, sobald die Republik in Frankreich als unmöglich erkannt werden würde. Dasselbe Journal fügt hinzu: „Die Februar-Revolution ist beinahe schon am Ende ihrer Laufbahn angelangt." (?)

Proudhon hat der National-Versammlung einen neuen Finanz-Vorschlag vorgelegt, derselbe betrifft eine Nationalanleihe von 2000 Millionen, um Handel und Industrie wieder in die Höhe zu bringen und alle Defizits zu decken und die Vereinigung der Bank von Frankreich mit dem Staatsschatze.

Oberst La Marmora, Generalstabschef der sardinischen Armee, ist mit einer Mission seiner Regierung bei der franz. Republik in Paris angekommen.

In Lille sind am 25. d. ernste Unruhen unter den Arbeitern der dortigen Nationalwerkstätten ausgebrochen. Die Truppe und die Nationalgarde hatten sogleich die Waffen ergriffen und alle Punkte der Stadt besetzt. Ein Decret des Präfekten erklärt die Nationalwerkstätten für aufgelöst. Man sieht heute ferneren Nachrichten entgegen.

Von Thiers erscheint im Laufe dieser Woche ein neues Buch, welches den Titel: De la propriété, führt.

Der Club de l'homme armé ist gestern in Folge des neuen Gesetzes über die Clubs geschlossen worden und der Präsident und die Secretaire werden wegen Aufreizung gegen die Regierung gerichtlich verfolgt.

Morgen wird Herr Armand Marrast den Bericht der Commission und den modifizirten Constitutions-Entwurf der Nationalversammlung vorlegen.

Der „Spectateur republicain" zeigt heute an, daß Herr von St. Aldegonde auf der Jagd von seinem Schwager, dem Fürsten von Beauvau, erschossen worden ist.

Der Herzog von Sotomayor, spanischer Botschafter bei der franz. Republik, ist heute in Paris angekommen.

Die Regierung soll beschlossen haben, alle Journale, die die Protestation gegen Unterdrückung der Preßfreiheit bringen werden, sogleich zu suspendiren.

Großbrittanien.

London, vom 25. Aug. Lord J. Russell wird sich binnen einigen Tagen nach Dublin begeben, um mit eigenen Augen die Lage der Dinge zu betrachten und mit dem Vicekönig Mittel zur Abhülfe der Noth zu berathen.

— In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Lord J. Russell zu erkennen, daß der Kanzler der Schatzkammer am folgenden Abend seinen finanziellen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Landes vorlegen werde, bei welcher Gelegenheit ein Anlehen von 500,000 Pf. St. für Westindien begehrt werden würde. Hierauf ging man zu den Debatten über das Anknüpfen diplomatischer Verbindungen mit Rom über, welches viel Widerstand bei dem Hause fand, weil man fürchtete, die Verbindungen mit dem weltlichen Haupte könnten in Beziehungen mit dem kirchlichen Haupt übergehen. Die Chicanen der Opposition gelangen indeß nicht, denn das Haus ging schließlich in ein Comite darüber über.

— Zu Manchester, Ashton und Bradford sind noch einige Theilhaber an den letzten Ereignissen in Haft genommen, dagegen vernimmt man aus Limerick, daß die irischen Volksmänner O'Gorman, J. O'Donnell und Doyle nach Frankreich entkommen seyen.

London, vom 26. Aug. Unterhaussitzung. Der Lordkanzler ließ seinen Finanz-Etat vor. Dieser Vortrag füllte fast die ganze Sitzung. Aus demselben theilen wir hier in aller Kürze nur folgende Hauptresultate mit:

Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um	292,000 Pfund.
Andere Ausfälle	1,800,000 „
Diese	2,000,000 Pfund

will er durch eine Anleihe (Kontrahirung einer fliegenden Schuld) decken.

Bezüglich Irlands hat er sich nur sehr dürftig über die Hülfe ausgesprochen, welche England den Irländern zu gewähren bereit ist. Erst nach der Ernte wird er seinen Entschluß fassen.

Belgien.

Brüssel, vom 28. August. Louis Blanc soll in Gent verhaftet worden seyn. (Nach. Z.)

Italien.

Aus Mailand vom 20. nichts Neues. Ebenso aus Padua vom 21. In Triest ist nach Berichten vom 23. seit dem Dampfschiff, welches Sonntags aus Venedig eintraf, keine neue Nachricht von dort eingetroffen. Venedig rüstet sich standhaft und läßt die Piemontesen nicht fort. Die dortigen Machthaber suchen die Venetianer in dem Glauben zu erhalten, Frankreich werde nach abgelaufenem Waffenstillstand zu Hülfe kommen. Das Benehmen Albani's und der Piemontesen scheint diese Version zu bestätigen. Allein die Berichte aus dem Hauptquartier des Marschalls lassen eine bewaffnete Intervention Frankreichs stark bezweifeln. (Br. Z.)

— Aus Wien schreibt man vom 15., daß Feldmarschall Radetzky den Fürsten Schwarzenberg, General-Gouverneur von Mailand, beauftragt habe, die mit den Gesandten Englands und Frankreichs angeknüpften Unterhandlungen zu verfolgen.

— Nach einer Mittheilung aus Genf, welche die unzuverlässige „Berner Zeitung" veröffentlicht, hatte sich „das Volk in Alexandria gegen den König Karl Albert unter dessen Fenster empört, indem es gegen die Generale Casagnetto, Scalti, Olivieri und Sonnaz schrie. Ein Bataillon Nationalgarde marschirte gegen die Haufen, aber am Platze angelangt, machte es gemeinsame Sache mit dem Volke. Hierauf wurden 2 Bataillone vom Regiment Pigneral geschickt, aber auch diese schlossen sich der Nationalgarde und dem Volke an und drangen auf Absetzung der Generale. Wenn die Armee von dem Verrath ihrer Offiziere überzeugt ist, und die Bestrafung derselben verlangt, so ist dies ein großer Fortschritt für Italien und läßt eine bessere Zukunft erwarten." (Ein Fortschritt, wenn die moralische Bande gelöst, wenn alles Vertrauen vollends zerstört ist!)

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) S. Berlin vom 25. in der gestr. Nr. d. Z.